

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 86. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 14. März 2019

#### Tagesordnungspunkt 17:

Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Unabhängige Polizeibeschwerdestelle auf Bundesebene einrichten**  
Drucksache 19/7119.....

10213 D

**Petra Pau (DIE LINKE):** Zur Erinnerung: Das NSU-Nazi-Mord-Desaster wurde möglich ob eines komplexen Staatsversagens inklusive der Polizei. Angehörige der NSU-Opfer wurden als Täter verdächtigt, Hinweise und Kritiken blieben unerhört. Damals kam die Forderung nach einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle auf.

Zur Erinnerung: Oury Yalloh kam im Polizeigewahrsam in Dessau ums Leben. Er habe sich verbrannt, lautete die unhaltbare Erklärung. Der Fall ist weiterhin nicht final geklärt. Auch in seinem Umfeld wurde eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle gefordert.

Ich könnte weitere fragwürdige Fälle anführen. Entscheidend ist: Die Linke greift die Forderung nach einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle auf und fordert mit dem vorliegenden Antrag, eine

solche auf Bundesebene zu schaffen. Eine solche Beschwerdestelle muss unabhängig sein, darf also nicht von Behörden abhängig sein, die sie untersuchen soll. Sie muss über angemessene Befugnisse verfügen, Beweise erheben und Akten einsehen können. Sie muss transparent arbeiten und soll dem Bundestag einmal jährlich über ihre Tätigkeit inklusive Empfehlungen berichten. Sie soll offen sein für Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, ebenso unter Umgehung des Dienstweges aus Polizeidienststellen heraus. Und die Polizeibeschwerdestelle des Bundes soll mit ähnlichen Einrichtungen in den Bundesländern kooperieren. Kurzum: Eine solche Polizeibeschwerdestelle soll ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Staat stärken und mithin die Demokratie.